

GESCHÄFTSSTELLE

Westendstr. 19 Rgb
80339 München
Tel: 089 - 76 22 34
Fax: 089 - 76 22 36

BÜRO NORDBAYERN

Gugelstr. 83
90459 Nürnberg
Tel: 0911-99445946
Fax: 0911-99445948

kontakt@fluechtlingsrat-bayern.de
www.fluechtlingsrat-bayern.de

28. Juli 2021

Abschiebestopp nach Afghanistan

Sehr geehrter Ministerpräsident,
sehr geehrter Innenminister,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Bestürzung verfolgen wir die aktuellen Ereignisse in Afghanistan. Die seit Jahrzehnten katastrophale Situation spitzt sich immer weiter zu. Die Zahlen ziviler Opfer sind seit Jahren auf sehr hohem Niveau. Der schwelende Bürgerkrieg und die manifestierte schlechte wirtschaftliche Lage, sorgen für beständige humanitäre Krisen. Durch die Covid-19 Pandemie hat sich die existenzbedrohende Notlage der Zivilbevölkerung noch einmal massiv verschlechtert. Das ohnehin prekäre Gesundheitssystem steht vor einem Kollaps, Armutszahlen verschlimmern sich dramatisch.

Das sukzessive Erstarren der radikalislamistischen Taliban wird durch den Abzug der internationalen Truppen eklatant verschärft. So haben die Taliban mittlerweile mehr als die Hälfte der 388 afghanischen Distrikte unter ihrer Kontrolle. Weitere große Teile sind umkämpft. Vor allem ländlichen Gebiete, aber auch immer mehr Großstädte und wichtige Handelsstraßen und Grenzübergänge sind nicht mehr unter der Kontrolle der afghanischen Regierung. Auch im Kabuler Umland finden schwere Kämpfe statt.

Anfang Juli 2021 forderte die afghanische Regierung europäische Staaten dazu auf, Abschiebungen aufgrund der zunehmend unsicheren Situation auszusetzen. Die Fluchtzahlen aus Afghanistan steigen signifikant an, Anrainerstaaten sichern vermehrt die Grenzen.

Finnland, Schweden und Norwegen haben Abschiebung nach Afghanistan bereits gestoppt. Andere EU-Staaten schieben in Anbetracht der Sicherheitslage ohnehin nicht nach Afghanistan ab.

Dass abgeschobene Afghanen unter den aktuellen Bedingungen ihren Lebensunterhalt sichern können, ist äußerst unwahrscheinlich. Nicht nur droht ihnen eine (erneute) Verfolgung durch die Taliban. Die durch Covid-19 noch prekärere Versorgungslage in Afghanistan, trifft Rückkehrer ohne soziales Netzwerk in besonderem Maße.

Wir fordern Sie eindringlich dazu auf, sich Finnland, Schweden und Norwegen anzuschließen und einen Abschiebestopp zu verhängen. In einer Anfrage der Grünen an den deutschen Bundestag zu Afghanistan, hat die Bundesregierung in ihrer Antwort (Drucksache 19/312689 am 29.6.2021 explizit betont, dass (nur) die Bundesländer selbst, einen solchen Stopp verhängen können. Wir bitten Sie, diese Möglichkeit gem. § § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

Bayerischer Flüchtlingsrat